
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.61043

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Herrnstadt et Zaisser, »le Béria de Pankow«, le SED cherche ensuite des boucs émissaires et, dans ce but, lance une campagne contre le »social-démocratie« entraînant de nouvelles épurations et la communisation définitive du parti. En ce sens, ce »Jour X« marque véritablement la »fondation interne« de la RDA. Le 17 juin cause un profond traumatisme sur le SED qui veut absolument éviter sa répétition: aussi renforce-t-il l'encadrement de la société et poursuit-il la construction d'un puissant appareil répressif qui ne le sauvera pourtant pas en 1989.

Cyril BUFFET, London

David GOLDSWORTHY (Hg.), *The Conservative Government and the End of Empire 1951–1957*, Three parts. I: International relations. II. Politics and administration. III: Economic and social policies, London (HMSO Books) 1994, 1254 S. (British Documents on the End of Empire. Series A, 3).

Als die Konservativen nach sechs Jahren in der Opposition im Oktober 1951 wieder die Regierung übernahmen, hatte sich die Stellung Großbritanniens im internationalen Staatensystem dramatisch gewandelt. Der indische Subkontinent war bereits 1947 in die Unabhängigkeit entlassen worden, und den größeren Kolonien war als Reaktion auf die Unruhen in der Goldküste 1948 gleichfalls prinzipiell der Weg zum self-government geöffnet worden. Angesichts der zunehmenden Herausforderung durch die Sowjetunion hatte die Labour-Regierung das Land zudem in ein Bündnis mit den Vereinigten Staaten geführt und damit die eigene Handlungsfreiheit eingeschränkt.

Schatzkanzler Butler konfrontierte seine Kollegen am 17. Mai 1952 (Dok.-Nr. 367) dann auch mit einer düsteren Einschätzung, was den künftigen Status des Landes als Weltmacht anging. Wirtschaftlich befinde sich Großbritannien in einer weit schlechteren Position als vor dem Weltkrieg. Dennoch habe London durch die Einführung teurer sozialer Systeme und die Übernahme hoher Verteidigungskosten zusätzliche Lasten auf sich genommen und die ohnehin angespannte Wirtschaft damit weiter bedenklich überfordert. Energisch sprach sich Butler daher für einen Abbau innen- und außenpolitischer Verpflichtungen aus, um die wirtschaftliche Gesundung des Landes einleiten zu können. Sein indirektes Plädoyer für einen behutsamen Rückzug Großbritanniens aus seiner Rolle als imperialer Weltmacht stieß allerdings auf heftigen Widerstand und öffnete den Blick auf die außenpolitische Konzeption der neuen Regierung. Macmillan, an sich für den Wohnungsbau zuständig, war es, der die Diskussion auf den Punkt brachte. Scheitere Butlers Plan eines vorsichtigen Rückzuges, führe dies unter Umständen zu einer innen- und außenpolitischen Katastrophe. Großbritannien könne seine Probleme folglich nur lösen, wenn es an seinem Status als Weltmacht unbeirrt festhalte. »Conservatism, associated with deepening austerity at home and declining influence abroad, will drift to inevitable disaster« (Macmillan am 17. Juni 1952, Dok.-Nr. 369). London definierte seinen Status als Weltmacht weiterhin in eher traditionellen Kategorien. Die noch für einen langen Zeitraum direkt ausgeübte Kontrolle über das Weltreich erschien als das beste Instrument, um die eigenen wirtschaftlichen, strategischen und außenpolitischen Interessen zu sichern. Durch den voranschreitenden Umbau des Commonwealth/Empire sollte Großbritannien in die Lage versetzt werden, gleichgewichtig mit den Weltmächten USA und Sowjetunion verkehren und konkurrieren zu können.

Die Erwartung, Großbritanniens Weltmachtrolle auf der Grundlage eines modernisierten Commonwealth/Empire zu erneuern, erwies sich jedoch als zu optimistisch. Weltanschaulich befand sich London hoffnungslos in der Defensive, seitdem die USA nach 1945 dem die internationalen Staatenbeziehungen revolutionär verändernden Prinzip, wonach allen Völkern das Recht auf Unabhängigkeit zustehe, endgültig zum

Durchbruch verholten hatten. Gegenüber dieser idealistisch überhöhten und veredelten Außenpolitik der Amerikaner konnten alle realpolitischen Argumente der Briten über die negativen Folgen einer übereilten Entlassung der Kolonien in die Unabhängigkeit kaum etwas ausrichten. Die britische Kolonialpolitik befand sich zudem in dem Dilemma, daß weder großzügige Konzessionen in Richtung Unabhängigkeit noch die hartnäckige Verweigerung derselben den Zusammenhalt des Empire gewährleisten konnten. Einmal begonnen, ließ sich die Entwicklung zum self-government zwar noch notfalls etwa durch den Einsatz militärischer Macht wie in Kenia um einige Jahre verlangsamen, letztlich aber nur noch sehr bedingt steuern und nicht mehr umkehren. Die 1954 aufgestellte Prognose, die größeren und in ihrer Entwicklung am weitesten vorangeschrittenen Kolonien (Goldküste, Nigeria, Zentralafrikanische Föderation, Malaya) würden ihre volle Unabhängigkeit erst zwischen 1964 und 1974 erhalten, erwies sich zudem als irrig. Entscheidende Kriterien für das Tempo der Entkolonisation waren der innenpolitische Druck in den jeweiligen Kolonien und das nüchterne Kalkül Londons, inwieweit eine zu unnachgiebige Haltung die internationale öffentliche Meinung zuungunsten Großbritanniens negativ beeinflussen und – noch entscheidender – die Beziehungen zu den USA bedenklich belasten würde. Die Schwelle zum self-government, so der Gouverneur von Uganda, Cohen, werde immer dann überschritten, »when the political pressure for it is so strong that it would be unwise to resist it« (12. Januar 1954, Dok.-Nr. 295).

Bedingt durch das unerwartet rasche Voranschreiten der Entkolonisation blieb der vom Kolonialministerium – keineswegs allein aus taktischen Gründen – als Voraussetzung für die Unabhängigkeit geforderte Mindeststandard in der inneren Entwicklung (Infrastruktur, Stadtplanung, soziale Dienste, Verwaltung, »local government«, pluralistisches Parteiensystem) immer weiter hinter den Erwartungen zurück. Überhaupt war die Zeit der großen programmatischen Entwürfe und die damit verknüpfte Hoffnung, europäische Maßstäbe vor allem auf Afrika übertragen zu können, längst vergangen. Nüchternheit, Pragmatismus und die Konzentration auf wirtschaftlich kurzfristig produktive Investitionen bestimmten die Arbeit des Ministeriums. Im Zusammenhang mit der Vergabe britischer Entwicklungsgelder wies Kolonialminister Lyttelton die Gouverneure ausdrücklich darauf hin, vorrangig solche Projekte in Angriff zu nehmen, »which were likely to lay sound economic foundations« (Zirkulardepesche vom 21.2.1953, Dok.-Nr. 411).

Ungeachtet aller Anstrengungen erwiesen sich die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Commonwealth als unüberwindbar. Weltanschaulich unterminierten Nationalismus, Antikolonialismus und der nach Afrika und Asien vordringende Kommunismus den Zusammenhalt. Wirtschaftlich und als Finanzplatz war der britische Markt zu schwach, um integrierend für das Empire zu wirken. Machtpolitisch verlor London zunehmend an Gewicht, so daß sich wichtige Commonwealth-Länder wie Australien, Neuseeland und Kanada politisch und militärisch zunehmend auf die USA ausrichteten. Am 14. September 1956 konfrontierte der zum Schatzkanzler avancierte Macmillan das Kabinet mit der Einsicht, daß eine auf das Commonwealth gestützte unabhängige Weltmachtrolle nicht mehr realisierbar war. Was Macmillan in bezug auf den wirtschaftlichen Zusammenhalt formulierte, galt wohl insgesamt für den politischen Zustand des britischen Weltreiches: »Although a commercial policy based on the Commonwealth connection would be much to be preferred, the conditions for such a policy no longer existed« (sic) (Dok.-Nr. 390).

Damit sind nur einige zentrale Fragen angesprochen, die im dritten Band der Serie A der verdienstvollen Dokumentation über das Ende des Empire thematisiert werden. Der vom Herausgeber David GOLDSWORTHY kenntnisreich eingeleitete Band mit 526 Dokumenten richtet sich in seinem Aufbau, den Kriterien für die Auswahl der

Dokumente, der Perspektive der Betrachtung und der Kommentierung nach den Grundsätzen der Gesamtedition¹. Sach- und Personenindex, Dokumentenübersicht, ein Verzeichnis der wichtigsten Amtsträger, Kurzbiographien und zwei knappe Bibliographien tragen dazu bei, daß der Forschung eine hochwillkommene Edition zur Kolonialpolitik der konservativen Kabinette von 1951 bis 1957 zur Verfügung steht.

Rainer LAHME, Passau

Philip H. GORDON, *France, Germany, and the Western Alliance*, Summertown, Oxford (Westview Press) 1995, 127 S. (*The New Europe: Interdisciplinary Perspectives*).

Der Verfasser der Studie arbeitet in London am International Institute for Strategic Studies und gibt dessen Zeitschrift »Survival« heraus. Er hat es sich zum Ziel gesteckt, nicht nur die historische Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem sicherheitspolitischen Sektor darzustellen. Gordon will neben der Gegenwart auch einen prophetischen Blick auf die Zukunft der Zusammenarbeit der beiden Nachbarländer auf diesem Sektor werfen.

Tatsächlich ist die seit 1963 mit dem Elysée-Vertrag zwischen Adenauer und De Gaulle entstandene enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik mehr als bemerkenswert. Sie könnte als Vorbild dienen, auf welche Weise sich frühere Feindschaften und Antagonismen überwinden lassen. Daß die enge politische Kooperation zwischen Frankreich und der Bundesrepublik sich indessen erst langsam entwickelte, und die sicherheitspolitischen Interessen beider Staaten zunächst durchaus unterschiedlich waren, ist aus der Geschichte der EVG und der Anfangszeit des NATO-Bündnisses hinreichend bekannt. Die historische Entwicklung wird nur knapp gestreift, und die Ergebnisse der deutschen und französischen Studien aus dem »Nuclear History Program (NHP)« nicht berücksichtigt.

Interessanter fällt die Analyse der deutsch-französischen Partnerschaft nach Ende der Zeit des Kalten Krieges aus. Angesichts der Unsicherheit über die künftige amerikanische Rolle in Europa und der politischen Instabilität im Süden und Osten Europas konstatiert der Autor eine Erschwerung der bisherigen Zusammenarbeit. An Hand des Golf-Krieges und der Krise im früheren Jugoslawien werden die Versuche einer Koordination der beiden nationalen Sicherheitsinteressen beschrieben, die zwar den guten Willen zeigten. Doch werde keine wirklich gemeinsame Position erreicht oder diese durch entsprechende Maßnahmen auch implementiert. Deutlicher als andere Autoren zeigt der Autor die starken nationalen Interessen Frankreichs auf, die es der auf Multinationalität zielenden Bundesrepublik keineswegs einfach machen, den Intentionen des Nachbarlandes immer zu folgen. Allerdings finden diese Debatten immer hinter verschlossenen Türen statt, trüben daher in der Öffentlichkeit das Bild der engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit nicht.

Gordon hält eine wirklich enge, erfolgreiche gemeinsame Kooperation auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik zwischen Deutschland und Frankreich für höchst unwahrscheinlich. Doch, so scheint es dem Rezensenten, gibt es doch gar keinen anderen Weg als diese Zusammenarbeit – wie auch die Zusammenarbeit mit den übrigen Nachbarstaaten Europas und den Bündnispartnern – weiter stetig zu verbessern, allerdings ohne dabei die USA vor den Kopf zu stoßen. Die Zeitdimension spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Reiner POMMERIN, Dresden

1 Vgl. FRANCIA 22/3 (1995) S. 314–318.